

Herr Meeser führt aus, dass man ursprünglich aufgrund der Ausweisung als KAG-Maßnahmen nicht zugestimmt habe. Da es hierbei aber schwerpunktmäßig um BauGB-Maßnahmen gehe, werde man heute zustimmen, wohlwissend, dass das Konzept überarbeitet wird.

Herr Strausfeld signalisiert auch für die CDU-Fraktion Zustimmung, bittet jedoch die Maßnahmen Spinnerweg als ungeklärt und Gräfenwiese wegen Rechtsunsicherheit bis auf weiteres zurückzustellen und in den Fachausschuss zurückzuverweisen. Bürgerinformationen etc. für die Gräfenwiese seien auf KAG-Basis gelaufen. Allerdings fehle nun die Information, dass ein Ausbau nach BauGB ins Auge gefasst sei.

Der Bürgermeister plädiert dafür, die Beschlussempfehlung des ABV zu übernehmen.

Herr H. Derscheid verweist auf eine beitragsrechtliche Beurteilung im Nachgang zur Bürgerinformation, die zu dem eindeutigen Ergebnis komme, dass es sich um eine BauGB-Maßnahme handelt. Im ABV sei aber auch gesagt worden, dass das Ausbau- und Unterhaltungskonzept eben ein „Konzept“ sei und nicht den Einzelfall des Baumaßnahmebeschlusses beinhalte. Komme es zu einem Ausbau von Spinnerweg oder Gräfenwiese, erfolgten ja erneut entsprechende Bürgerinformationen.

Herr Sterzenbach ergänzt dies und führt aus, dass nach Prüfung alles für eine BauGB-Maßnahme spreche. Sei die Maßnahme Gräfenwiese im Konzept für 2020/2021 ausgewiesen und konkret ein Ausbau auf BauGB-Basis vorgesehen, beinhalte dies selbstverständlich auch wieder entsprechende Bürgerinformationen. Zudem verweist er auf die Gemeindewerke, die als abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaft in dem Bereich pflichtige Maßnahmen umzusetzen habe. Dies sei nach Möglichkeit so zu planen und auszuführen, dass Synergieeffekte mit andern Maßnahmen genutzt werden können.

Herr Liene macht darauf aufmerksam, dass heute das Grundsätzliche und nicht die konkrete Einzelmaßnahme beschlossen wird. Von daher spreche nichts dagegen, heute zuzustimmen.

Der Bürgermeister appelliert, nicht ohne Not auf mögliche Synergieeffekte mit den Gemeindewerken zu verzichten.

Frau Zorlu bezieht sich auf die Beratung und die Entscheidungsfindung im ABV. All dies sei hinreichend begründet. Die SPD-Fraktion werde zustimmen.

Herr Strausfeld erklärt, dass das Konzept insgesamt überhaupt nicht infrage gestellt werde. Allerdings gehe es um Transparenz nach außen. Die CDU-Fraktion werde an dem Antrag festhalten.

Frau Zorlu teilt diese Meinung nicht. Nehme man nun Straßen heraus, trage dies nicht zur Transparenz bei sondern vermittele den Anwohnern eher das Gefühl, dass kurzfristig „da jetzt nichts komme“.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, stellt der Bürgermeister fest, dass der CDU-Antrag der weitergehende sei und lässt zuerst über diesen und im Anschluss über die Beschlussempfehlung des ABV abstimmen.